



## Auszüge aus den Wahlprogrammen 2009 der Bundestagsparteien

Stand: 30.6.2009

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
Wahlkampfprogramm-Entwurf					
Beschluss eines Wahlprogramms	vom 29.6.2009	vom 14.6.2009	vom 17.5.2009	vom 10.5.2009	vom 21.6.2009
Ausbildung	<p>CDU/CSU wollen den Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fortführen. Jeder junge Mensch muss die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten. Das bewährte duale System soll durch die kontinuierliche Fortentwicklung der Ausbildungsberufe an veränderte wirtschaftliche und technologische Anforderungen angepasst werden.</p>	<p>Recht auf gefördertes Nachholen eines Schulabschlusses für alle.</p> <p>Rechtzeitige Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung schon in der Schule. Feste Verankerung von Arbeits- und Berufsorientierung in den Schulen.</p> <p>Erhöhung der Ausbildungsplatzverpflichtungen der Wirtschaft. Ausbildungsplätze auch für die geringer qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber. Ausbildungsplatzbonus für Bewerber, die schon länger vergeblich eine Lehrstelle suchen.</p>	<p>Ausbildungsgänge sollen flexibler und modular aufgebaut werden. Jugendliche mit mangelnder Ausbildungsreife sollen die Möglichkeit haben, sich durch den Abschluss von zertifizierten Ausbildungsmodulen nachträglich zu qualifizieren.</p>	<p>Regionale oder branchenspezifische <b>Umlagesysteme</b>.</p> <p>Mehr Berufsorientierung in Schulen. Produktionsklassen - und Produktionsschulen in den neuen Bundesländern - sollen Schulabschlüsse und Übergänge in eine betriebliche Ausbildung fördern; jeder Ausbildungsschritt wird anerkannt und auf die Ausbildung angerechnet. Ausbildung in Beruflichen Schulen, überbetrieblichen Bildungseinrichtungen und Betrieben sollen nach dem dualen Prinzip stattfinden und Abschlüsse von den Kammern bundesweit anerkannt werden.</p>	<p><b>Ausbildungsfinanzierungsumlage.</b> Bemessungsgrundlage dafür soll ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot sein. Darüber hinaus sind Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich zu vereinbaren und auch außer- und überbetrieblichen Ausbildungen zu bezahlen.</p>

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
		<p>Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Sie sollen außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten bekommen können.</p>			
<b>Bildung</b>	<p>Die Attraktivität der Berufsgruppe der Kranken- und Altenpfleger soll gesteigert und Umschulungsprogramme in diese Berufsgruppe gestärkt werden. Der Beruf der Erzieherinnen und Erzieher soll attraktiver gestaltet und ein Schwerpunkt auf Weiterbildung gesetzt werden.</p>	<p>Einführung eines Bildungszuschlags auf sehr hohe Einkommen. Deshalb Anhebung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 47 Prozent.</p> <p>Bessere Aus- und Weiterbildung für <b>Erzieherinnen und Erzieher</b>.</p> <p>Über klare Zielvereinbarungen soll erreicht werden, dass die</p>	<p>Initiative „Vorfahrt für Bildung“. Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft sollen hierzu ihre Anstrengungen wesentlich erhöhen. <b>Fortbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher</b> Für mehr männliche Erzieher ist zu werben.</p>	<p>Um die <b>Engpässe bei Erziehern, Pflege- und Gesundheitsberufen</b> zu beseitigen, soll die Finanzierung des dritten Lehrjahres der Bund übernehmen.</p> <p>Einführung eines Erwachsenen-BAFög, das keine Altersgrenzen und Berufsbeschränkungen kennt.</p>	<p>Verankerung des Rechts auf Bildung und der Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz. Bundesländerprogramm zu Gunsten <b>verstärkter Ausbildung von pädagogischen Fachkräften</b> für den Bereich der frühkindlichen Bildung und der Schulen auf Hochschulniveau.</p>

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
		Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss jährlich um mindestens 10 Prozent gesenkt wird			
<b>Migranten</b>	Bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, Deutsch sprechen können. Um ihrer Erziehungsverantwortung jederzeit nachkommen zu können, sind Migranteltern gefordert, Deutsch zu lernen. „Wir brauchen eine Bildungs- und Ausbildungsoffensive für Migrantinnen.“			Für junge Migranten sollen Blockaden freigeräumt werden und der Weg zu guter Bildung und Arbeit freigemacht werden.	Die Rechte und Chancen der Migranten sollten gestärkt werden.
<b>Praktika</b>		Rechtlich bessere Absicherung von Praktikantinnen und Praktikanten.		Gesetzliche Mindeststandards wie einen Praktikumsvertrag, Bezahlung von mindestens 300 € monatlich, Anspruch auf Urlaub, eine zeitliche Begrenzung und ein Gütesiegel "Faires Praktikum".	Die Rahmenbedingungen für Praktika sollen neu geregelt werden. Gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen. Praktika sollen angemessen vergütet werden: Für Praktika während der Ausbildung oder des Studiums eine Vergütung von mindestens 300 Euro im Monat, und nach abgeschlossener Ausbildung oder abgeschlossenem Studium den branchenüblichen Lohn.

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
<b>Mindestlohn</b>	Die CDU setzt sich für ein Mindesteinkommen in Deutschland ein, das sich aus einer Kombination aus fairen Löhnen und ergänzende staatliche Leistungen zusammensetzt. Verbot von sittenwidrigen Löhnen.	In möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne. Überall dort Mindestarbeitsbedingungen, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde wird als „sinnvolle Orientierungsmarke“ genannt. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine unterste Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Hierzu soll eine Mindestlohn-Kommission eingesetzt werden.	Gegen die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen. Reichen geringe Löhne nicht aus, um den Lebensunterhalt zu gewährleisten, greift unterstützend das Bürgergeld und sichert so jedem Betroffenen das notwendige Mindesteinkommen.	Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in Höhe von 7,50 Euro.	Flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro. Höhere tarifliche Löhne in Branchen sollen für allgemeinverbindlich erklärt werden.
<b>Mini-/Midi-Jobs</b>	Die Mini-Jobs sollen erhalten bleiben		Erhöhung der Einkommensgrenze für Minijobs ohne Abgaben von bisher 400 auf 600 EURO. Bei Einkommen zwischen 600 und 1000 EURO muss der Arbeitgeber gleitend ansteigende Sozialabgaben bezahlen. Volle Sozialversicherungsbeiträge sind bei Einkommen über 1000 Euro zu entrichten	Mini- und Midi-Jobs fallen weg.	

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
<b>Zeitarbeit</b>		Leiharbeitsverhältnisse sollen rechtlich besser abgesichert werden. Neben einer Lohnuntergrenze gehört dazu auch Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Nach einer angemessenen Einarbeitungszeit im gleichen Unternehmen soll der Grundsatz „equal pay“ uneingeschränkt gelten. Die konzerninterne Verleihung soll begrenzt werden		Zeitarbeitnehmer sollen von Anfang an wie die Stammbesetzung bezahlt und behandelt werden.	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: für Frauen und Männer, für Beschäftigte im Osten und im Westen, für Leiharbeiter und Festangestellte.
<b>Altersteilzeit</b>		Fortsetzung der Förderung der Altersteilzeit durch die BA bis 2015.			Fortsetzung der Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit.
<b>Erwerbsminderungs-/Teilrente</b>		Teilrente ab 60 neben einer Teilzeitbeschäftigung.	Versicherte können ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstaufschlag durch Bezug einer Teilrente kompensieren. Alle Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug werden aufgehoben. Für den Zuverdienst entfällt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung.	Flexible Übergangsmöglichkeiten in den Ruhestand. Abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente ab 63 Jahre.  Auch soll ein Bezug bereits ab dem 60. Lebensjahr möglich sein, damit ältere Beschäftigte leichter, bis zur Regelaltersgrenze mit weniger Stunden arbeiten und mit der verbleibenden Arbeitszeit weiterhin Rentenanwartschaften aufbauen können.	Erleichterter und abschlagsfreier Zugang zu Erwerbsminderungsrenten.

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
<b>Bundesagentur für Arbeit</b>	„Wir brauchen eine gut arbeitende Bundesagentur für Arbeit (BA). Die verbesserte Arbeitsvermittlung und die weiteren Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik tragen zur sozialen Stabilität bei. Dennoch ist der Weg der Verbesserung auch in der BA nicht abgeschlossen. Gerade in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit wieder steigt, muss die BA noch besser werden, um noch mehr Menschen den Weg zurück in das Erwerbsleben zu ermöglichen.“	Deutschland soll weltweit die beste Arbeitsvermittlung haben. Die Zahl der Arbeitsvermittler soll in Zeiten der wirtschaftlichen Krise aufgestockt werden.	Auflösung der Bundesagentur für Arbeit, um ihre Aufgaben in einem Dreisäulen-Modell neu zu ordnen: 1. in eine <b>Versicherungsagentur</b> , die das Arbeitslosengeld auszahlt und Wahlfreiheit bei den Tarifen einräumt, 2. in eine <b>kleine Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Aufgaben</b> und 3. in viele <b>kommunale Jobcenter</b> .  In den Jobcentern soll ein Vertreter der Versicherungsagentur als Ansprechpartner vor Ort verfügbar sein.		
<b>Arbeitslosenversicherung</b>		<b>SPD</b> will – ohne Details zu nennen - die Einführung einer Bürgerversicherung für alle Zweige der Sozialversicherung.	Versicherten wird eine Wahlfreiheit bei den Tarifen eingeräumt; damit unterschiedliche Alg I-Anspruchsdauer.	Sozialversicherungsbeiträge werden sozial gestaffelt. Für alle Einkommen bis 2.000 Euro sollen die Beitragssätze erst langsam und stufenlos ansteigen.	
<b>Arbeitslosengeld I</b>	CDU und CSU haben Änderungen beim Arbeitslosengeld I zur besseren sozialen Absicherung von Kulturschaffenden durchgesetzt, die bisher auf drei Jahre befristet sind. „Wir werden sie, wenn sie sich bewähren, entfristen und die Notwen-		Keine Staffelung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I nach der vorher gegangenen Beschäftigungsdauer. Stattdessen wird den Versicherten eine Wahlfreiheit bei den Tarifen eingeräumt.		Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes.

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
	digkeit weiterer Verbesserungen auch für die Kulturbranche prüfen.“				
<b>Arbeitsmarktpolitik Allgemein</b>	Das Prinzip des „Förderns und Forderns“ wird weiter Maßstab des Handelns sein. Nur Maßnahmen, die Arbeitslose wirksam in Beschäftigung mit Perspektive bringen, sollen fortbestehen.	Der Instrumentenkasten der Arbeitsvermittlung soll kontinuierlich weiter verbessert werden. Insbesondere die Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit heraus soll besser gefördert werden.	Die Arbeitsmarktinstrumente der Bundesagentur für Arbeit sollen mit Blick auf ihre Effizienz auf den Prüfstand gestellt und gesamtgesellschaftliche Aufgaben wieder aus Steuermitteln finanziert werden.		Aktive Arbeitsmarktpolitik ausbauen und neu ausrichten.
<b>Weiterbildung</b>		Die Arbeitslosenversicherung wird zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitslosigkeit nicht nur schnell beendet, sondern dabei hilft, sie zu vermeiden. Zu diesem Zweck wird bundesweit für jede Arbeitnehmer ein Rechtsanspruch auf eine kostenlose Überprüfung des individuellen Qualifizierungsbedarfs eingerichtet. Dieses Angebot soll wohnortnah		50 Prozent aller Weiterbildungsangebote der Bundesagentur für Arbeit sollen für Geringqualifizierte reserviert sein und wiederum 50 Prozent dieser Angebote sollen zu einem anerkannten Berufsabschluss führen. Im Jahr sollen 100.000 Menschen qualifiziert und weitergebildet werden.	Weiterbildungsgesetz, in dem Weiterbildung als öffentliche Aufgabe definiert und ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung gesichert ist.  Die Weiterbildung für Arbeitslose soll gestärkt werden.

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
		durch die Agentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit regionalen Weiterbildungsnetzwerken bereitgestellt werden.			
<b>Grundsicherung für Arbeit-suchende</b>	Schwerpunkt der Grundsicherung für Arbeitsuchende muss das Bemühen um Qualifizierung und Vermittlung sein.		Ein <b>Bürgergeld</b> als Mindesteinkommen. Im Bürgergeld werden das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst. Die Leistungen werden beim Bürgergeld grundsätzlich pauschaliert gewährt und von einer einzigen Behörde, dem Finanzamt, verwaltet.		Hartz IV soll durch eine <b>Mindestsicherung</b> ersetzt werden. Auf diese Mindestsicherung haben alle rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Menschen Anspruch, die über kein ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen, um ihren Mindestbedarf zu decken.  Die Sätze der Mindestsicherung sollen bedarfsdeckend sein und von einer Expertenkommission ermittelt werden.

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
<b>Organisation</b>	Die Betreuung von Menschen, die langzeitarbeitslos sind, soll in enger Kooperation zwischen den Kommunen und der BA erfolgen. Die Leistungen sollen dabei aus einer Hand erfolgen. Dazu wird eine Organisationsstrukturen geschaffen, die effizient und ideologiefrei die organisatorische Kompetenz der BA und die gerade bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wichtigen örtlichen Kenntnis der Kommunen verbinden. Dazu zählt auch das Bekenntnis zu Optionskommunen.	SPD will <b>schnellstmöglich eine verfassungskonforme Nachfolgeregelung</b> für die Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen. Die Zusammenarbeit von Vermittlungssachverständigen und örtlichem Wissen hat sich bewährt.	<b>Kommunale Jobcenter</b> für die Vermittlung, Qualifizierung und soziale Betreuung der Arbeitslosen.  Das Bürgergeld wird vom <b>Finanzamt</b> berechnet und ausgezahlt. In die Berechnung einbezogen werden dabei auch Steueransprüche, Kindergeldansprüche und gegebenenfalls Unterstützungsleistungen zur Kranken- oder Pflegeversicherung.	Neuorganisation der Jobcenter auf dem Weg einer verfassungsrechtlichen Absicherung der <b>Arbeitsgemeinschaften und der zugelassen kommunalen Träger</b> . Einbringung der sozialpolitischen Kompetenz der Kommunen. Notwendig sind zudem Ombudsstellen, die Konflikte zwischen Arbeitslosen und Jobcenter vor Ort schnell und verbindlich lösen können.	Die Mindestsicherung soll aus einer Hand – <b>bei Erwerbsfähigen</b> durch die <b>Arbeitsagenturen</b> – erbracht werden. Aufhebung der in den Hartz-Gesetzen verankerten Repressionspolitik und Schaffung eines ganzheitlichen Beratungsansatzes für alle Erwerbsfähigen, einschließlich der umfassenden Aufklärung über Rechte und Pflichten innerhalb der Leistungsbereiche des Sozialrechts.

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
<b>Anspruch und Höhe der Grundsicherung</b>			<p>Voraussetzung für das Bürgergeld sind Bedürftigkeit und bei Erwerbsfähigkeit die Bereitschaft zur Aufnahme einer Beschäftigung. Der Bürgergeldanspruch (Regelsatz plus KdU) für einen Alleinstehenden ohne Kinder soll im Bundesdurchschnitt 662 Euro pro Monat betragen. Bei der Berechnung werden alle Erwachsenen und Kinder einer Bedarfsgemeinschaft (BG) berücksichtigt. Zur BG zählen alle Personen, die in einem Haushalt leben, soweit sie sich unterhaltsverpflichtet sind. Kinder erhalten einen eigenen Bürgergeldanspruch im Rahmen der BG. Zusätzliche Pauschalen werden bei Nichterwerbsfähigkeit, für Ausbildung oder bei Behinderungen gewährt. Regionale Besonderheiten bei den Wohnkosten können mit Zuschlägen berücksichtigt werden.</p> <p>Das SGB soll so geändert werden, dass sich Kommunen und Leistungsempfänger Ersparnisse bei den Heizkosten teilen können.</p>	<p>Erhöhung der Regelsätze für Erwachsene auf 420 Euro. Sie sollen regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst werden. In besonderen Not- oder Lebenslagen sollen zusätzlich wieder individuelle Leistungen ermöglicht werden.</p> <p>Für Kinder und Jugendliche gesonderte Regelsätze. Kindergrundsicherung für jedes Kind in Höhe von 330 Euro.</p> <p>Anrechnung von Partner-einkommen soll abgeschafft werden.</p> <p>Zusätzlich wollen die Grünen die Renteneinzahlungen für Langzeitarbeitslose in einem ersten Schritt wieder auf das frühere Niveau anheben und im nächsten Schritt an den Satz der ALG I Beziehen- den angleichen, sodass auch in diesen Zeiten nen- nenswerte Rentenansprü- che erworben werden.</p>	<p>Anhebung der Regelsätze auf 500 Euro bis zur Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung - plus tatsächliche Warmmiete - und jährlich Anpassung an die Preisentwicklung. Die Bedarfsgemeinschaft wird abgeschafft. Es gilt das Individualprinzip auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen. Nicht eingetragene Lebensgemeinschaften unterliegen damit nicht mehr der Einstandspflicht.</p> <p>Neuer Regelsatz für Kinder und Jugendliche, die Leistungen nach Hartz IV beziehen. Bei der Erhebung sollen die Kosten für eine gesunde Ernährung, Kleidung, einen Schulbesuch und die Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden. In einem ersten Schritt soll der Regelsatz deutlich angehoben werden (für Kinder bis zu fünf Jahren auf 276 Euro; für 6- bis –11-Jährige auf 332 Euro; für 12- bis –18-Jährige auf 358 Euro). Jugendliche sollen ab dem 18. Lebensjahr Anspruch auf eine eigene Haushaltsführung außerhalb des Elternhauses haben. Kinder bekommen unter Berücksichtigung von eigenem Einkommen und Unterhaltsansprüchen einen eigenständigen Mindestsicherungsanspruch</p>

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
<b>Schonvermögen</b>	Der Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II ist pro Lebensjahr wesentlich zu erhöhen. Bedingung dabei ist, dass das Altersvorsorgevermögen erst mit Eintritt in den Ruhestand verfügbar ist. Zusätzlich soll die selbstgenutzte Immobilie umfassender geschützt werden.	Die Deckelung des Altersschonvermögens, das ein Beziehender von Arbeitslosengeld II als Reserve behalten darf, auf 250 Euro pro Lebensjahr soll aufgehoben werden. Vermögen zur privaten Altersvorsorge soll nicht auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden, wenn es unwiderruflich als Rente ausbezahlt wird.	Schonvermögen für private oder betriebliche Altersvorsorge einschließlich der Riester- und Rürup-Renten soll verdreifacht werden und 750 Euro je Lebensjahr betragen. Zusätzlich bleibt sonstiges Vermögen bis zu 250 Euro je Lebensjahr bei Berechnung des Bürgergeldes anrechnungsfrei.	Für Langzeitarbeitslose soll ein erheblich höheres Schonvermögen für Altersvorsorgeaufwendungen gelten. Die Ersparnisse auf dem grünen Altersvorsorgekonto sollen von der Anrechnung auf Arbeitslosengeld II-Leistungen freigestellt sein.	Die Vermögensfreigrenzen werden auf 20.000,- Euro pro Person heraufgesetzt und das Schonvermögen für die Altersvorsorge auf 700,- Euro pro Lebensjahr angehoben.
<b>Anrechnung von Nebeneinkommen auf die Grundsicherung</b>	Die Anreize zur Arbeit durch die Neuordnung der Hinzuverdienstregelungen sowie eine konsequente Missbrauchsbekämpfung sollen verstärkt werden.		Für den erwerbsfähigen Alleinstehenden ohne Mehrbedarf wird ein Freibetrag von 100 Euro gewährt. Darüber hinaus bleiben vom eigenen Einkommen bis 600 Euro 40 Prozent des Bruttoarbeits Einkommens anrechnungsfrei; von 600 Euro bis zum Auslaufen des Bürgergeldes 60 Prozent des Bruttoarbeits Einkommens.	Zusätzlicher Verdienst ist Anreiz für soziale Kontakte und für die Annahme geringfügig bezahlter Beschäftigung. Neben den 100 Euro, die nach jetziger Gesetzeslage frei von der Anrechnung sind, soll jeder darüber hinaus verdiente Euro mit mindestens 50 Cents bis zu einer Höhe von 400 Euro bei den Arbeitslosen verbleiben.	

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
Zumutbarkeit			Bei Ablehnung einer zumutbaren angebotenen Arbeit wird das Bürgergeld gekürzt.	Die Grünen wollen die Zumutbarkeitsregeln beim Arbeitslosengeld II entschärfen. „Die Kombination von verschärften Zumutbarkeits- und Sanktionsregelungen habe dazu geführt, dass auf Arbeitssuchende ein massiver Druck ausgeübt wird, jedwede prekäre Beschäftigung anzunehmen. Häufig geht Fördern vor Fördern, Arbeitslose fühlen sich gegängelt. In den Arbeitsmarktinstitutionen brauchen wir in ausreichender Zahl qualifiziertes Personal, das den Menschen mit Respekt und auf Augenhöhe begegnet.“	Arbeit ist nur zumutbar, wenn sie Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation in Wert stellt, die Ansprüche an Flexibilität und Fahrzeiten senkt und nicht gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.  Die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen ist freiwillig.  Ein-Euro-Jobs werden abgeschafft.

Wahlprogramm 2009	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis90/Die Grünen	Die Linke
<b>2. Arbeitsmarkt</b>	Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen und der besonders schwer vermittelbaren Arbeitssuchenden zu reduzieren, wurden mit der „Bürgerarbeit“ in Sachsen-Anhalt neue Wege erprobt. Dieses Konzept soll weiter vorangetrieben und seine Übertragbarkeit auf größere Arbeitsmarktregionen geprüft werden.	Der Kommunal-Kombi für Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit wird weiter ausgebaut.		Schaffung von öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeitarbeitslose. Tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis für Langzeitarbeitslose in sozialen Wirtschaftsbetrieben.  Schaffung von 400.000 Stellen im Sozialen Arbeitsmarkt. Dazu sollen die Mittel des Arbeitslosengeldes II und der Anteil für aktive Maßnahmen verwendet werden, um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.	Ein-Euro-Jobs sind in tariflich bezahlte Vollzeit-Stellen umzuwandeln.  Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, in dem Ansprüche auf Versicherungsleistungen erworben werden.
<b>Kindergeld/Kinderzuschlag</b>	Die Bedingungen für den Kinderzuschlag sollen weiter verbessert werden. Eltern dürfen nicht auf die Grundsicherung angewiesen sein, nur weil sie Kinder haben. Einführung eines Grundfreibetrags von 8.004 Euro für Erwachsene und Kinder.	Erhöhung des Kinderfreibetrags von derzeit 3.864 Euro um weitere 200 Euro je Kind schon ab dem 1. Januar 2010.	Einführung eines Grundfreibetrags von 8.004 Euro für Erwachsene und Kinder. Das Kindergeld wird auf 200 Euro pro Kind und Monat für die Familien angehoben, die den Kinderfreibetrag wegen zu geringen Einkommens nicht nutzen können.	Für Familien mit geringem Einkommen soll der Kinderzuschlag grundlegend reformiert und ausweitet werden – zusammen mit dem bisherigen Kindergeld auf maximal 350 Euro.  Alleinerziehende sollen einen erhöhten Zuschuss bekommen.	Erhöhung des Kindergeldes auf 200 Euro und Einführung einer Kindergrundsicherung.